

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. (incl. Post), halbjährlich 10 RM. jährlich 20 RM. Einzahlungen 10 RM. Die Abonnenten und die Adressierten sind zu bitten, die Zeitungsbestellungen an den Verlag zu richten. Die Zeitungsbestellungen sind an den Verlag zu richten. Die Zeitungsbestellungen sind an den Verlag zu richten.



Angabenpreis laut amtlichem Tarif Nr. 4. — Nachzahlungen: 10 Tage. — Derzeitiger Preis: 2,- RM. — Die Zeitungsbestellungen sind an den Verlag zu richten. Die Zeitungsbestellungen sind an den Verlag zu richten. Die Zeitungsbestellungen sind an den Verlag zu richten.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 114 — 94. Jahrgang Teleg.-Nr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 17. Mai 1935

Wahlen in der Tschechei.

Die vierte allgemeine Wahl findet am Sonntag in der Tschechoslowakei statt. 1920 wurde das erste tschechische Parlament gewählt, nachdem der vorher aufgestellte Revolutionärsantrag aufgelöst worden war. 1925 und 1929 folgten die nächsten Parlamentswahlen, die jedesmal mit größter Leidenschaftlichkeit vorbereitet wurden. Nicht anders ist es in diesem Jahre. Der Wahlkampf tobte schon seit Wochen in Formen, wie wir sie von den vergangenen Jahren des Parteienhaders noch in Erinnerung haben. Versprechungen werden gemacht, die später niemals gehalten werden können, jede Partei will den Wahlkampf gewinnen, die Bindungen untereinander lockern nur da zuhause, wo es die Umstände unbedingt erfordern, etwa weil sonst jeder einzelne der Vertragspartner allein zugrunde gehen würde. Eines allerdings haben die tschechoslowakischen Parteien alle gemeinsam: sie nützen den Wahlkampf zu einer ungemessenen Hege gegen die deutsche Minderheit aus und benutzen gleichzeitig diese Hege dazu, sich bei den Volksmassen beliebt zu machen und neue Wähler zu gewinnen.

Betrachtet man die Geschehnisse im einzelnen, so scheiden sich die bestehenden Parteien in zwei große Fronten: die Regierungsparteien und die im jetzigen Parlament stark in die Minderheit gedrängte Opposition. Zu den Regierungsparteien gehören die zahlenmäßig am stärksten vertretenen Agrarier, die Sozialdemokraten, die „Nationalsozialisten“ und die Katholische Volkspartei. In der Opposition stehen die Nationaldemokraten, die Gewerdepartei und die tschechische Liga. Nach dem Ergebnis der letzten Wahlen verfügten die Regierungsparteien über 3,5 Millionen Stimmen, die Opposition dagegen nur über 750.000. Man erwartet allerdings, daß bei den jetzigen Wahlen eine erhebliche Verschiebung eintreten wird, durch die die Regierungsparteien empfindlich getroffen werden. Innerpolitische Ereignisse, aber auch die Außenpolitik des Herrn Benesch sind der Anlaß dazu.

Das ganze tschechische Abgeordnetenhaus zählt insgesamt 500 Abgeordnete, von denen 171 auf die tschechischen Parteien, 19 auf die Slowaken, 30 auf die Rumänen, 67 auf die deutschen Parteien und 13 auf die Splittlergruppen entfallen. Diese Zahlen sind insofern beachtenswert, als man sich darüber klar sein muß, daß die Tschechoslowakei ein bunt zusammengesetzter Nationalitätenstaat ist, wie es vielleicht keinen zweiten gibt. Neben den politischen Zielen der Parteien spielen auch nationale Interessen eine große Rolle im Prager Parlament. Die deutschen Parteien hatten sich unter der Führung von Konrad Henlein zu der Subetendeutschen Heimatsfront zusammengeschlossen. Nach Verbot dieses Namens wurde die deutsche Gruppe in Subetendeutsche Partei umbenannt, was aber auf ihre Zusammensetzung keinerlei Einfluß hatte. Die Wahlversammlungen der Subetendeutschen gestalteten sich immer mehr zu großartigen Massenemonstrationen, die trotz des Terrors der Tschechen ihren Eindruck nicht verfehlten.

Wie die anderen Parteien mit allen Mitteln gegen die Deutschen vorgehen, beweisen die Vorgänge, die sich jetzt wieder in Prag abspielen haben. Im Anschluß an eine Wahlversammlung der Rechtsopposition zogen mehrere hundert Anhänger der Nationalen Vereinigung vor das Deutsche Haus, in das sie einzudringen versuchten. Die Ausrufe: „Deutsche heraus!“ wurden immer lauter und nur mit Mühe konnten die Eindringlinge vertrieben werden. Die ganze Front des Deutschen Hauses war mit tschechischen Flugblättern besetzt worden. Schließlich mußte die Polizei etwa tausend Mann aufstellen, um die Ruhe wiederherzustellen.

Die Rechtsopposition der Nationalen Vereinigung wird aus diesem Wahlkampf mit dem größten Erfolg hervorgehen. Besonders der Außenminister Benesch hat nicht mehr das Vertrauen der Massen. Man sieht sehr deutlich die Freundschaft mit Sowjetrußland sehr deutlich gegenüber, da man nicht begreifen will, wie diese Freundschaft mit einem Lande von Dauer sein kann, dessen politische Vertreter sich offen als Staatsfeinde betonen und den Umsturz fordern. Der Gewinn der Opposition wird voraussichtlich auf Kosten der Kommunisten, der Sozialdemokraten und der sogenannten „Nationalsozialisten“ erzielt werden. Die „Nationalsozialisten“ sind eine ausgebrochene Kleinbürgerliche Partei, die mit unserem Nationalsozialismus nicht das geringste zu tun hat und dem Außenminister blind ergeben ist.

So werden die Wahlen vom Sonntag voraussichtlich eine durchgreifende Änderung in dem Aufbau der tschechischen Demokratie mit sich bringen, deren sicheres Zeichen ein gewisser Rückgang nach rechts sein wird. Entsprechende Veränderungen in der Regierung werden voraussichtlich die Folge davon sein. Aber Umwälzungen, sofern sie eintreten, werden das Los der Republik kaum verbessern, da man lieber mit links liebäugelt, wie die Außenpolitik zeigt, als jemals den Deutschen, die sich stets als gute Staatsbürger erwiesen haben, die ihnen zukünftigen Rechte einräumt.

Eden über Abrüstung und Sicherheit.

Aussprache über Locarno.

Im englischen Unterhaus wurde gefragt, ob die englische Regierung noch beabsichtige, nach dem Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund am Locarnovertrag festzuhalten, oder ob sie den Vertrag gemeinsam mit den anderen Unterzeichnern abändern wolle, da die Voraussetzung für die Wirksamkeit des Locarnovertrages die Mitgliedschaft Deutschlands in Genf sei. — Lordsegelebewahrer Eden antwortete, der Vertrag enthalte keine Bestimmung über seine etwaige Abänderung für den Fall, daß irgendeiner der Unterzeichner zu irgendeiner Zeit aufhören sollte, Mitglied des Völkerbundes zu sein. Die Ansicht der englischen Regierung geht dahin, daß der Austritt irgendeiner Partei aus dem Vertrag von Locarno an sich nicht die Befreiung aller Parteien von ihren Verpflichtungen des Vertrages in sich schließt. Die englische Regierung habe durch die in der Entschließung der Stresa-Konferenz niedergelegte englisch-italienische Erklärung formal alle ihre Verpflichtungen aus dem Locarnovertrag erneut bestätigt und ihre Absicht ausgedrückt, sie im gegebenen Fall getreu durchzuführen.

Vorsitzsegelebewahrer Eden hielt im Londoner Stadtpark eine Rede, in der er einen kurzen Überblick über das Ergebnis des Berliner Besuchs gab, der nicht alle Hoffnungen erfüllt habe. Es sei nicht seine Absicht, die Innenpolitik irgendeines Landes zu erörtern, und was man auch immer von dem Experiment denke, daß zur Zeit in Sowjetrußland erprobt werde: Niemals zuvor sei er in einem Land gewesen, das auf viele Jahre hinaus so sehr mit seinen inneren Arbeiten in Anspruch genommen sei wie Sowjetrußland, wo noch manches getan werden müsse, um das Schiff wieder in den richtigen Kurs zu bringen. Das werde auch von vielen Leuten in Sowjetrußland nicht bestritten. Sowjetrußland würde sich in seinem eigenen Interesse gegen alles wenden, was die Maschinenriele, die zur Zeit in mühevoller Arbeit errichtet werde, erschüttern könnte, und man könne sich keine größeren Erschütterungen vorstellen als einen Krieg. Auch der geographische Faktor dürfe nicht übersehen werden. Die Entfernungen, die den größten Teil Deutschlands von Sowjetrußland trennten, seien riesig. Seit der Wiederkehr des großen polnischen Staates, der bereit und gewillt sei, auf der europäischen Bühne eine beträchtliche Rolle zu spielen, sei die Möglichkeit eines sowjetrussischen Angriffes auf Deutschland ein geographischer Anachronismus geworden.

Aus diesen und anderen Gründen sei es für ihn schwierig, die Besorgnisse über einen militärischen Angriff Sowjetrußlands zu teilen, die in Deutschland heute anscheinend herrschen, und er müsse hinzufügen, daß, wenn eine Nation sich um ihre eigene Sicherheit sorge, für die der beste Weg der sein würde, ihren Platz im Völkerbund einzunehmen und dadurch den Augen der kollektiven Sicherheit zu erhalten.

Wenn in diesen Tagen viel von neuen Verpflichtungen gesprochen werde, so müsse man bemerken, daß es nicht darum gehe, England neue Verpflichtungen aufzubürden, sondern daß England seine Entschlossenheit betonen sollte, die bereits eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Die englische Politik sei gegen keine Nation gerichtet, sondern nur gegen solche Nationen oder Nationen, die gegen die Grundsätze der Völkerbundsstatuten verstießen, die England angenommen habe. England werde immer auf der Seite des kollektiven Systems gegen jede Regierung oder jedes Volk zu finden sein, das durch eine Rückkehr zur Machtpolitik den Frieden zu brechen suche, den dieses System gerade schaffen wolle.

Simon läßt sich über den Abessinien-Konflikt unterrichten.

Der englische Botschafter in Rom, Sir Eric Drummond, ist zu wichtigen Besprechungen mit seiner Regierung nach London abgereist, nachdem er noch kurz vorher von dem italienischen Unterstaatssekretär Suvich empfangen worden war. Drummond, früher Generalsekretär des Völkerbundes, ist telephonisch nach London gerufen worden, um Außenminister Simon über den Stand des Abessinien-Konflikts Auskünfte zu erteilen und sich als Völkerbundsfachverständiger dazu zu äußern.

Vor bedeutenden Veränderungen im englischen Kabinett.

Simon soll Innenminister, MacDonald Außenminister, Baldwin Ministerpräsident werden.

Der politische Korrespondent des Londoner „Daily Telegraph“ weist auf die seit Wochen umgehenden Gerüchte über Veränderungen in der Zusammensetzung des britischen Kabinetts hin und bestätigt, daß bedeutungsvolle Beschlüsse mit Bestimmtheit in nächster Zeit, voraussichtlich nach Pfingsten, zu erwarten sind.

Wie „Daily Express“ in Ergänzung dazu zu melden weiß, werden MacDonald und Simon wahrscheinlich am 3. Juni, dem Geburtstag des Königs, zurücktreten. Simon wird voraussichtlich Innenminister werden, MacDonald Außenminister. Nachfolger MacDonalds wird voraussichtlich Baldwin sein.

Weiter bestünde die Möglichkeit, daß der Luftfahrtminister Lord Londonderry von seinem Posten zurücktritt; ebenso würde der Arbeitsminister Oliver Stanley einen anderen Posten übernehmen, während zwei nicht genannte Mitglieder des Kabinetts ausscheiden und ihre Sitze im Oberhaus einnehmen würden.

Abschluß des sowjetrussisch-tschechischen Paktes.

Am Donnerstag wurde im Prager Außenministerium der tschechoslowakisch-sowjetrussische Hilfeleistungspakt unterzeichnet. Für die Tschechoslowakei unterzeichnete der Minister des Äußeren Dr. Benesch, für die Sowjetunion der Prager sowjetrussische Gesandte Alexanderowitsch den Vertrag.

Wie tschechische Blätter melden, wurden auch die Verhandlungen über die Errichtung einer direkten Fluglinie Moskau-Prag erfolgreich abgeschlossen. Die Fluglinie soll am 1. August eröffnet werden.

Der Inhalt des Abkommens.

Der tschechoslowakisch-sowjetrussische Hilfeleistungspakt stimmt mit den ersten drei Artikeln des französisch-sowjetrussischen Weislandspaktes vollkommen überein.

Artikel 4 des Vertrages besagt u. a.: Ohne Beeinträchtigung der vorhergehenden Bestimmungen dieses Vertrages wird festgesetzt, daß sich, wenn eine der hohen vertragschließenden Parteien von einem oder mehreren dritten Staaten unter Bedingungen angegriffen würde, die keine Grundlage zur Leistung von Hilfe und Unterstützung nach diesem Vertrage bieten, die zweite hohe Vertragspartei verpflichtet, während der Dauer des Konflikts weder direkt noch indirekt dem Angreifer oder den Angreifern Hilfe oder Unterstützung zu gewähren, wobei jede der Parteien erklärt, daß sie durch keinerlei Hilfe-

leistungspakt gebunden ist, das mit dieser Verpflichtung im Widerspruch stünde.

Artikel 5 besagt: Die oben angeführten Verpflichtungen stehen in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen der hohen Vertragsparteien als Mitglieder des Völkerbundes;

deshalb wird auch keiner Bestimmung dieses Vertrages eine Auslegung gegeben werden, die die Mission des Völkerbundes beschränken würde,

soweit es sich um geeignete Maßnahmen zur wirksamen Sicherung des Weltfriedens handelt, oder die der Verpflichtungen beschränken würde, die sich für die hohen Vertragsparteien aus dem Völkerbundspakt ergeben.

Im Artikel 6 heißt es, daß der Vertrag nach Austausch der Ratifikationsurkunden

sofort in Kraft tritt und fünf Jahre in Geltung bleibt.

Falls er von einer der Vertragsparteien nicht mit einer mindestens einjährigen Kündigung vor Ablauf dieser Frist gekündigt wird, bleibt er auf unbeschränkte Zeit in Gültigkeit.

Auch Punkt I und III des Unterzeichnungsprotokolls sind mit jenen des französisch-sowjetrussischen Protokolls identisch. Im Punkt II stellen die beiden Regierungen fest, daß die Tragweite der in den Artikeln 1, 2 und 3 des Vertrages enthaltenen Verpflichtungen, der in dem Bestreben abgeschlossen wurde, in Osteuropa ein regionales Sicherheitssystem auszubauen, so abgegrenzt ist, wie es im Punkt 4 des unterzeichneten Protokolls zu dem erwähnten Vertrage festgesetzt ist.